

10.05.2016

Offener Brief an die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur EEG-Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz am 12. Mai 2016

Sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten,

die ganz besonders von den Bundesländern und Kommunen vorangetriebene Energiewende ist beendet, wenn sich die Vorschläge des Bundeswirtschaftsministeriums zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes durchsetzen. Mit der geplanten harten Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien und der Einführung von Ausschreibungen für Windkraft an Land werden 350.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Die großen Chancen für regionale Wertschöpfung, Unabhängigkeit von Energieimporten und die Technologieführerschaft in diesem entscheidenden Zukunftsmarkt blieben ungenutzt. Die Perspektiven gerade für strukturschwache ländliche Räume, aber auch für innovative Technologie- und Industriestandorte würden zunichte gemacht. Wir bitten Sie daher eindringlich, deutliche Korrekturen am derzeitigen Entwurf einzufordern.

Die in Deutschland angestoßene und weltweit erfolgreiche Markteinführung Erneuerbarer Energien soll nach dem Willen des Bundeswirtschaftsministeriums zu einem Zeitpunkt ausgebremst werden, zu dem sich Windkraft an Land und Photovoltaik längst zu den günstigsten Energieträgern entwickelt haben. Die rigide Mengensteuerung (harter Oberdeckel und viel zu kleiner Zubautopf) und die geplante Ausschreibungspflicht für Windkraft gefährden die Akteursvielfalt und damit die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung. Kommunen, Mittelstand, kleine/mittlere Stadtwerke und Bürgerenergiegesellschaften werden mit der Abschaffung des EEG durch Ausschreibungen vom Markt verdrängt. Die mit Ausschreibungen verbundenen Projektrisiken in der Höhe mehrerer Hunderttausend Euro können Kommunen sowie kleine und mittelständische Unternehmen nicht schultern.

Mit den vorliegenden Kompromissvorschlägen der Bundesregierung, aber auch denen des Bundesrats, für Bürgerenergiegesellschaften oder für eine Regionalkomponente der Ausschreibungen, werden sich die wichtigen dezentralen Player der Energiewende nicht im Markt halten. Einzig akzeptabler Ausweg ist die Ausnahme für kleine Windparks à 6 Anlagen von den Ausschreibungen (sog. De-Minimis-Regelung).

Der Bundesrat hat bereits im November 2015 die Erforderlichkeit einer De-Minimis-Regelung in einer Entschließung betont. Das Festhalten an dieser Position ist dringend geboten. Nach

dem Zusammenbruch des Biomasse- und PV-Ausbaus infolge des EEG 2014 würde der vorliegende Gesetzesentwurf das Ende aller ernsthaften Energiewendeziele bedeuten und damit auch die Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Länder und Kommunen massiv schwächen.

Wir appellieren daher an Sie, sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, in der Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz am 12. Mai 2016 und im weiteren Verfahrenslauf keinen Konsens zulasten der regionalen und mittelständischen Akteure der Energiewende mitzumachen. Sie sind die Hauptträger der Energiewende. Und mit Ausschreibungen können sie nicht überleben. Selbst der Koalitionsvertrag der Großen Koalition sieht vor, Ausschreibungen für die Windenergie an Land zunächst zu prüfen und frühestens 2018 (!) einzuführen. Wir bitten Sie, vor der MPK eine klare rote Linie für einen Konsens mit dem Bund zu formulieren: Die Ausnahme für kleine Windparks bis zu 6 Windenergieanlagen muss zwingend in das EEG 2016. Alle möglichen Kompromisse, die hinter De-Minimis zurückbleiben, bedeuten einen schweren Strukturbruch, für die die Länder unter keinen Umständen die Hand heben sollten.

Diesem Schreiben fügen wir Ihnen unseren Aufruf „Kein Stopp der Energiewende!“ zur Kenntnisnahme bei. Unsere darin aufgeführten Argumente und Forderungen werden von hunderten engagierten Menschen mitgetragen und konnten dank breiter Unterstützung bereits in der Wochenzeitung DIE ZEIT und der taz als ganzseitige Anzeige veröffentlicht werden.

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet

Dr. Axel Berg

Vorsitzender EUROSOLAR Deutschland

Stephan Grüger, MdL

Vizepräsident EUROSOLAR e.V.

Dr. Fabio Longo

Vizepräsident EUROSOLAR e.V.